



Wirkt: GdP

In den vergangenen vier Jahren hat die GdP viel erreicht. Von der Durchsetzung höherer Einstellungszahlen bis zur Anschaffung neuer Streifenwagen und der Bodycam. Von der Erweiterung der Eingriffsbefugnisse bis zur Aufhebung des unsäglichen Deckelungsbeschlusses. Trotzdem liegt bei der Polizei noch immer vieles im Argen. Von der Überlastung der Wachen und Kommissariate bis zu den fehlenden Aufstiegschancen. Auch beim Gesundheitsschutz und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es Handlungsbedarf. Und das gilt auch für die Zulagen! Die GdP redet nicht nur über die Probleme bei der Polizei, sondern wir packen sie an! Bei den Personalratswahlen vom 5. - 8. Mai treten die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP deshalb unter dem Motto an: „Wirkt: GdP“

Mit ihrer Stimme entscheiden die Beschäftigten bei der Polizei, wer in den nächsten vier Jahren ihre Interessen gegenüber den Vorgesetzten vor Ort und gegenüber dem Innenministerium vertreten soll. Das ist eine wichtige Entscheidung, denn die Personalräte haben entscheidenden Einfluss darauf, dass es bei der Polizei nicht nur gute Arbeitsbedingungen gibt und die Eingruppierung stimmt, sondern auch darauf, dass die Beschäftigten bei der Polizei vor krankmachenden Arbeitszeiten und permanenter Arbeitsüberlastung geschützt werden. Und dass es für sie eine Aufstiegsperspektive gibt.

Fünf Ziele stehen für die GdP im Vordergrund

Die Personalräte entscheiden mit, wie die Polizei auf die enormen Herausforderungen reagieren soll, die in den nächsten Jahren auf sie zukommen. Von der wachsenden Bedeutung neuer Kriminalitätsformen über die Digitalisierung der gesamten Gesellschaft bis zum demografischen Wandel.

Diesen Prozess wollen wir aktiv gestalten. Fünf Ziele stehen deshalb für die Personalräte der GdP im Vordergrund:

1. Die Digitalisierung wird in den nächsten Jahren die Arbeit der Polizei grundlegend verändern. Von neuen Strategien zur Gefahrenabwehr über die Bekämpfung der Cyberkriminalität bis zur Verkehrsunfallaufnahme. Für uns geht es dabei nicht nur um die Einführung einer neuen Technik, sondern wir wollen die Digitalisierung auch für

- eine nachhaltige Arbeitsentlastung nutzen.
- 2. Arbeit und Freizeit müssen wieder in ein Gleichgewicht gebracht werden. Wir brauchen nicht nur einen Abbau krankmachender Schichtdienste, sondern auch eine deutliche Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit. 35 Stunden sind genug!
- 3. In Zeiten des demografischen Wandels lässt sich gutes Personal nur durch gute Arbeitsbedingungen gewinnen und halten. Deshalb brauchen wir in allen Arbeitsbereichen der Polizei attraktive Aufstiegs- und Entwicklungsperspektiven.
- 4. Alle Beschäftigten bei der Polizei haben ein Recht darauf, dass ihr Arbeitsplatz so gestaltet ist, dass sie bis zum Alter ohne gesundheitliche Be-

einträchtigungen arbeiten können. Deshalb muss der Gesundheitsschutz bei der Polizei deutlich verbessert werden – von der Körperschutzausstattung bis zum höhenverstellbaren Schreibtisch.

5. Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Hier gibt es deutlichen Nachholbedarf – von den Zulagen bis hin zur Eingruppierung.

Für diese Ziele stehen die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP. Für den Personalrat in den Kreispolizeibehörden vor Ort und für den Hauptpersonalrat der Polizei im Innenministerium.

Mehr Infos zu den Kandidatinnen und Kandidaten und zum Wahlprogramm der GdP:
www.gdp-nrw.de

Personalratswahlen



5.-8. Mai

Wirkt: GdP



Gewerkschaft
der Polizei NRW



Wählen wirkt!



Noch kann keiner sagen, wie die Polizei in zehn Jahren genau aussehen wird. Aber dass die Polizei vor tiefgreifenden Veränderungen steht, steht bereits heute fest. Denn die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft, der beschleunigte demografische Wandel und der wachsende Kampf um die besten Köpfe machen vor der Polizei nicht Halt.

Wenn wir diesen Prozess nicht erleiden, sondern aktiv gestalten wollen, müssen wir eine Antwort auf die Frage finden, wie die Polizei die digitale Welt für ihre eigene Arbeit nutzen will, statt das Internet und die Smartphones nur den Straftätern zu überlassen. Wenn wir verhindern wollen, dass die Polizei mit der wachsenden Zahl der Pensionierungen einen nicht zu verkraftenden Wissens- und Erfahrungsverlust erleidet, brauchen wir endlich ein modernes Weiterbildungs- und Personalentwicklungskonzept, das allen Beschäftigten der Polizei offensteht. Und wir brauchen deutlich bessere Arbeitsbedingungen bei der Polizei, wenn wir den zunehmenden Kampf um die besten Köpfe nicht von vornherein verlieren wollen!

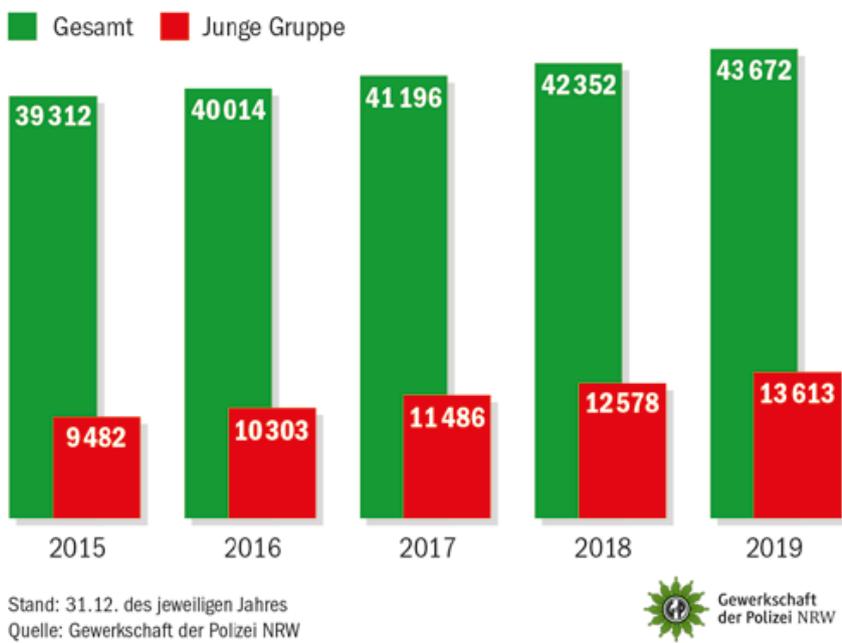
Damit wir diese Ziele erreichen, tritt die GdP bei den Personalratswahlen vom 5. - 8. Mai mit klaren inhaltlichen Forderungen an. Und mit Kandidatinnen und Kandidaten, die sich bei der Polizei auskennen und etwas zum Besseren bewegen wollen. Nicht nur in einzelnen Arbeitsbereichen, sondern in der gesamten Polizei und für alle Beschäftigtengruppen. Denn nur ein Personalrat, der von einer breiten Vertrauensbasis bei den Beschäftigten getragen wird, ist ein starker Personalrat.

Deshalb wird die GdP in den kommenden Wochen nicht nur in ihren Medien und auf zahlreichen Veranstaltungen ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die neuen Personalräte vorstellen, sondern wir werden auch im Detail darstellen, wie wir die drängenden Probleme bei der Polizei lösen wollen. Denn wir werben um eure Unterstützung! Wählen wirkt!

Michael Mertens,
Landesvorsitzender

Erneut deutlich gestiegen

Mitgliederentwicklung des Landesbezirks NRW



Im vergangenen Jahr ist die Zahl der GdP-Mitglieder in NRW erneut gestiegen, auf 43 672 Mitglieder. Das sind 1 300 Mitglieder mehr als 2018. Im Vergleich zu 2015 sind es sogar fast 4500 Mitgliedern mehr. Zudem ist die Zahl aller GdP-Mitglieder bis 30 Jahre erneut gestiegen. Von 12 578 Mitglieder in 2018 auf 13 613 Mitglieder im vergangenen Jahr.

Erste Messerstatistik vorgelegt

Nach den Beobachtungen der Kolleginnen und Kollegen aus dem Streifen dienst führen vor allem Jugendliche und Heranwachsende in den letzten Jahren immer häufiger Messer mit sich und drohen damit bei Auseinandersetzungen. Anfang 2018 war es in einer Schule in Lünen sogar zu einem tödlichen Angriff eines 16-jährigen Schülers auf einen Mitschüler gekommen. Die GdP hatte daraufhin den damaligen Innenminister Ralf Jäger (SPD) aufgefordert, sämtliche Messerattacken in Zukunft gesondert zu erfassen. Denn nur so lassen sich wirksame Gegenkonzepte entwickeln.

Dieser Forderung ist die Landesregierung nachgekommen. Mitte Januar hat der heutige Innenminister Herbert Reul (CDU) im Innenausschuss zum ersten Mal eine Jahresbilanz der Messerstraf taten vorgestellt. Danach gab es 2019 in NRW insgesamt 6827 Fälle, in denen ein Messer Tatmittel war. 6736 Tatverdächtige wurden erfasst, 4091 waren Deutsche.

Die Zahl der Messerattacken ist damit deutlich höher, als selbst von Experten erwartet. Deshalb sind jetzt neue Konzepte gefragt, wie der Erwerb und das Tragen von Messern erschwert werden kann.



Erst reden, dann roden! Bundesregierung gibt der GdP im Nachhinein recht

Gut zwei Jahre nach dem spektakulären Großeinsatz der Polizei zur Räumung des Hambacher Forstes hat das Bundeskabinett am 15. Januar endgültig entschieden, dass die noch nicht der Braunkohle zum Opfer gefallenen Teile des Hambacher Forstes erhalten bleiben. Damit ist genau das eingetreten, was die GdP bereits im August 2018 in einer auch bundesweit viel beachteten Pressemitteilung vorausgesagt hatte: Dass Tausende von Polizisten in einen Großeinsatz geschickt werden, um die Baumbesetzer aus dem Hambacher Forst zu vertreiben, während die Politik bereits dessen Erhalt vorbereitet.

„Alle Beteiligten wissen, dass der Energiekonzern RWE eine gültige Abbaugenehmigung hat, trotzdem stellt sich die Frage, ob angesichts des unvermeidbaren Energiewandels eine Abholzung des Hambacher Forstes noch vertretbar ist?“, hatte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens damals öffentlich erklärt. Die GdP will mit ihrer Initiative verhindern, „dass über Monate hinweg Tausende von Polizisten in einen gefährlichen Einsatz geschickt werden, während Politik und Wirtschaft nur kurze Zeit später einen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau verkünden. So, wie wir das beim Atomausstieg bereits erlebt haben“, heißt es in der damaligen Pressemitteilung.

Innenminister Herbert Reul (CDU) war dieser Empfehlung der GdP nicht gefolgt. Allein im ersten Jahr der Auseinandersetzung musste die Polizei mehr als eine Millionen Arbeitsstunden für den Hambacher Forst aufbringen. Immer wieder wurden die Polizisten bei ihrem Einsatz von militanten Baumbesetzern angegriffen und sogar mit Fäkalien beworfen. Ein Journalist, der aus dem Hambacher Forst berichten wollte, stürzte während seiner Arbeit tödlich von einem Baum ab.

Die GdP hofft, dass nach der Entscheidung des Bundeskabinetts jetzt die Baumbesetzer den Hambacher Forst verlassen, damit der Wald endlich zur Ruhe kommt. „Die Besetzer haben nicht nur meine Kolleginnen und Kollegen immer wieder massiv angegriffen, sondern sie haben auch



dem Wald durch ihre Häuser und den von ihnen hinterlassenen Müll Schaden zugefügt“, betonte Mertens nach der Entscheidung des Bundeskabinetts. „Deshalb ist es gut, wenn sie den Wald jetzt verlassen.“ Von der

Politik erwartet die GdP, dass sie bei künftigen Großprojekten genauer hinschaut, ob das Projekt wirklich umgesetzt werden soll, bevor sie die Polizisten in einen politisch ungelösten Konflikt schickt.

Es geht auch besser! Polizeiforum der GdP im März

Gute Arbeitsbedingungen sind kein Selbstläufer, sondern sie müssen hart erkämpft werden. Das gilt erst recht in Zeiten, in denen die meisten Wachen und Dienststellen dem immer stärker wachsendem Arbeitsdruck kaum noch Stand halten. Um das zu ändern, hat die GdP ihre Mitglieder für den 11. März zu einem Polizeiforum nach Kamen-Kaiserau eingeladen, um gemeinsam mit ihnen und mit Experten über neue Wege und Strategien zur Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen bei der Polizei zu diskutieren.

Schwerpunkte des eintägigen Polizeiforums, das unter dem Motto

„Es geht auch besser!“ steht, sind neue Konzepte zur Reduzierung der hohen Arbeitsbelastung bei der Polizei, die Forderung der GdP nach Einführung der 35-Stunden-Woche für alle Beschäftigten bei der Polizei und die Frage: ViVA – Fluch oder Segen?

Das Polizeiforum richtet sich an die Beschäftigten in allen Direktionen und steht neben den Beamtinnen und Beamten auch den Tarifbeschäftigten bei der Polizei offen. Das Forum findet im SportCentrum Kamen-Kaiserau statt.

Infos und Anmeldung:
www.gdp-nrw.de



Bedenken nicht ausgeräumt

Seit der Ende des Jahres in Kraft getretenen jüngsten Änderung des Polizeigesetzes dürfen Tarifbeschäftigte in NRW auch im Polizeigewahrsam eingesetzt werden. Welche Aufgaben sie dort übernehmen sollen, wie sie auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden sollen und wie die Eigensicherung der im Gewahrsam eingesetzten Tarifbeschäftigten und Polizeivollzugsbeamten gewährleistet werden kann, ist bislang allerdings nicht geklärt. Dazu muss erst eine Gewahrsamsverordnung erlassen werden. Wie sie im Detail aussehen soll, hat das Innenministerium noch nicht entschieden.

Bereits im Vorfeld der Gesetzesänderung hatte die GdP immer wieder darauf hingewiesen, dass körperliche Durchsuchungen, Zellenbetretungen oder bloße Identitätsfeststellungen immer mit dem Risiko von Widerstandshandlungen verbunden sind. „Deshalb müssen sich die im Polizeigewahrsam eingesetzten Beschäftigten darauf verlassen können, dass sie Kolleginnen und Kollegen an ihrer Seite haben, die auch heiklen Situationen, wie sie im Gewahrsam häufig

vorkommen, gewachsen sind. Tarifbeschäftigte stoßen dabei an ihre Grenzen, weil ihnen die dafür erforderliche Ausbildung fehlt“, hatte die GdP noch im Dezember gewarnt.

Der Düsseldorfer Landtag hat sich über diese Bedenken hinweggesetzt. Vom Tisch sind sie damit aber noch lange nicht. Die GdP dringt deshalb darauf, dass trotz der neuen Rechtslage Tarifbeschäftigte auch in Zukunft im Polizeigewahrsam höchstens für

reine Unterstützungsleistungen eingesetzt werden, wie z. B. die Essensausgabe. „Jeder direkte Kontakt zu den festgehaltenen Personen darf nur durch die dafür ausgebildeten Polizisten erfolgen“, fordert die GdP. Wichtig ist zudem, dass die in der bisherigen Gewahrsamsordnung enthaltenen Regelungen, die dem Schutz der Beschäftigten dienen und deren Verhalten regeln, auch weiterhin der Mitbestimmung unterliegen.



Land will mit neuem Namen Zeichen setzen

Endlich steht außen drauf, was auch drin ist – so kann man die Anfang des Jahres vom Land vorgenommene Namensänderung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) NRW in Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) beschreiben. Denn bei einer Größenordnung von rund 12 000 Studierenden stellen die Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter mit knapp 7000 Studierenden den größten Anteil, gefolgt von den Studenten der Allgemeinen Verwaltung und der Rentenversicherung. Doch nicht nur die Größe des Fachbereichs Polizei war ausschlaggebend für die Namensänderung der Hochschule, sondern die Landesregierung wollte damit auch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber der Polizeiausbildung setzen: Für die Öffentlichkeit ist jetzt klarer, wo die Polizistinnen und Polizisten in NRW ausgebildet

werden. Und dass es sich dabei um ein Hochschulstudium handelt.

Praktische Konsequenzen hat die Namensänderung für die Ausbildung der Nachwuchspolizisten allerdings nicht. Auch in Zukunft bleibt es da-

bei, dass die Polizeiausbildung in NRW nicht nur an der Hochschule der Polizei stattfindet, sondern auch in den Trainingszentren des LAFP und in den Ausbildungs- und Kooperationsbehörden vor Ort.



Kripo am Scheideweg

Die Kriminalitätsbekämpfung ist eine der Kernaufgaben der Polizei und beeinflusst wesentlich das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Mehr noch als in anderen Arbeitsbereichen sind die Anforderungen an die kriminalpolizeiliche Arbeit in der jüngsten Vergangenheit immer komplexer geworden. Hinzu kommt eine enorme Aufgabenverdichtung durch neue Herausforderungen wie die Clankriminalität, die Bedrohung durch Gefährder, die Kinderpornografie, die Internetkriminalität und die zunehmende linke und rechte Gewalt. Und das alles bei immer größer werdenden Personalengpässen. Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, muss sich die Arbeit der Kriminalpolizei in den kommenden Jahren von Grund auf neu ausrichten.

Wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigen bereits wenige Stichworte:

- Kriminalitätsphänomene wie Skimming, Phishing, CEO-Fraud oder Straftaten im Bereich der Social Media stehen mangelnde Ressourcen, Eingriffsbefugnisse und Kompetenzen bei der Kriminalpolizei gegenüber. Insbesondere die Verarbeitung von Massendaten zwingen die Kriminalpolizei in vielen Fällen nahezu zur Kapitulation, wie zum Beispiel im Bereich Kryptografie.
- Personell unterbesetzten Kriminalkommissariaten mit unzureichender technischer Ausstattung stehen hochprofessionelle, spezialisierte Tätergruppierungen gegenüber, die eng vernetzt sind. Die Entwicklung polizeilicher Technologien kann hier bislang nicht mithalten.
- Hinzu kommt, dass die Täter immer mobiler werden und nicht an die Grenzen einzelner Bundesländer oder Staaten gebunden sind, ohne dass die Kriminalitätsbekämpfung hier mithalten kann.
- Auch der politische Einfluss auf die Arbeit in der Kriminalitätsbekämpfung wird in Zukunft weiter steigen. Dies wird auch in NRW deutlich, beispielsweise bei der sogenannten Null-Toleranz-Strategie.
- Phänomene wie Terrorismus, Kinderpornografie, Cybercrime, Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität, aber auch der wachsende Sozialleistungsbetrug werden in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen.

- Hinzukommt eine Pensionierungswelle, die in den nächsten Jahren zu einem massiven Verlust an kriminalfachlichem Wissen führt. Um diese Lücken auszugleichen, wird die Politik den hier eingesetzten Polizistinnen und Polizisten in den nächsten Jahren ein noch größeres Maß an Flexibilität abverlangen, als sie das jetzt schon tut.

Dieser Problemaufriss ließe sich mühelos um weitere, ebenfalls gravierende Herausforderungen erweitern, aber auch so wird bereits deutlich: Mit einem bloßen „Weiter so!“ lassen sich die fundamentalen Probleme, vor denen die Kriminalpolizei heute steht, nicht bewältigen.

Mit einem bloßen „Weiter so!“ lassen sich die fundamentalen Probleme, vor denen die Kriminalpolizei heute steht, nicht bewältigen.

Ganz im Gegenteil! Deshalb muss die Arbeit der Kripo in den nächsten Jahren von Grund auf neu aufgestellt werden. Mit klaren inhaltlichen Zielen, einer

deutlichen Schwerpunktsetzung und vor allem mit einer deutlich besseren personellen und technischen Ausstattung. Und mit erweiterten Eingriffsrechten.

Die GdP wird sich an dieser Diskussion mit konkreten Forderungen und Vorschlägen beteiligen. Auch mit innovativen, in der Öffentlichkeit bislang nicht diskutierten Konzepten. Über diesen Diskussionsprozess werden wir in den kommenden Monaten fortlaufend in der Deutschen Polizei und auf unserer Homepage berichten.

Mehr Infos:
frank.schniedermeier@gdp-nrw.de
andreas.nowak@gdp-nrw.de

ViVA-Probleme nicht aussitzen, sondern endlich lösen!

Auch ein Jahr nach der ViVA-Einführung hat das Innenministerium die massiven Probleme mit der neuen Standardsoftware der Polizei noch immer nicht im Griff. Die Datenerfassung dauert dreibis viermal so lange wie beim Vorläuferprogramm IGVP, die neue Software erschließt sich nicht intuitiv, der Workflow ist zu kompliziert und die Fehlerkorrektur zu aufwendig – so lauten nur einige der am häufigsten geäußerten Kritikpunkte aus der Polizei. Die GdP hat deshalb Innenminister Herbert Reul (CDU) aufgefordert, die Lösung der ViVA-Probleme endlich zur Chefsache zu machen.

„Die Probleme treten nicht nur punktuell, sondern flächendeckend auf“, heißt es in einem bereits Ende des Jahres an Innenminister Reul geschickten Brief. Oft würden die Kolleginnen und Kollegen, die bereits in ViVA geschult sind, sogar auf das bisherige Vorgangsbearbeitungssystem IGVP zurückgreifen, weil sie sich anders nicht mehr zu helfen wissen.

Auch wenn das Innenministerium an der Lösung der technischen Probleme arbeitet, befürchtet die GdP, dass die Schwierigkeiten mit der neuen Standardsoftware der Polizei in der nächsten Zeit sogar noch zunehmen werden. Auch weil inzwischen immer mehr Kolleginnen und Kollegen in ViVA geschult worden sind und das neue Programm anwenden müssen, obwohl dessen Geburtsfehler noch immer nicht beseitigt worden sind.

Die GdP sieht durch die Probleme bei ViVA die Arbeit der Polizei nicht nur erschwert, sondern in Teilen sogar verhindert. Um eine drohende Lähmung der Polizeiarbeit zu verhindern, hält sie es für zwingend erforderlich, dass das Innenministerium kurzfristig in erheblichem Umfang zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen für die Fehlerkorrektur bei ViVA bereitstellt.



Einsatzfieber?! Wie lange darf die KSA getragen werden?

In den vergangenen Monaten hat sich eine Arbeitsgruppe des Innenministeriums intensiv mit der Körperschutzausstattung der Bereitschaftspolizei (KSA) beschäftigt. Ziel war es, den Hundertschaften eine deutlich leichtere, besser tragbare KSA zur Verfügung zu stellen. Darauf hatte die GdP in der Vergangenheit immer wieder gedrängt.

Voll ausgerüstet tragen Bereitschaftspolizisten knapp 25 Kilogramm Ausrüstung mit sich. Die Hälfte davon entfällt auf die Körperschutzausstattung (KSA) und den Helm. Das hohe Gewicht führt zu einer enormen Belastung der Gelenke, vor allem bei längeren Einsätzen. Hinzu kommt, dass die Wärmeregulierung des Körpers unter der

Schutzausstattung nur eingeschränkt funktioniert. Dadurch werden Herz und Kreislauf stark belastet. Bereits bei durchschnittlichen Außentemperaturen steigt die Körpertemperatur schnell an. Bereitschaftspolizisten haben tatsächlich im Einsatz häufiger Fieber.

Verantwortlich für das hohe Gewicht sind in erster Linie der Schlag- und der ballistischer Schutz. Das Problem: Eine deutlich leichtere KSA ist ohne Einbußen beim Schutzniveau nur schwer zu haben.

Was also tun? Bislang werden die Risiken weitestgehend auf die Beamtinnen und Beamten abgewälzt. Tragen sie – im wahrsten Sinne des Wortes – einen Schaden davon, ist das in erster Linie ihr Problem. Dabei lässt sich auch jenseits einer Reduzierung des Gewichts der KSA eine Menge bei der Ausrüstung verbessern: Besser sitzen-

de, individuell angepasste Elemente mit höherer Bewegungsfreiheit erhöhen nicht nur den Tragekomfort, sondern führen auch dazu, dass die enorme Gewichtsbelastung besser verteilt wird. Schnelle und trotzdem manipulationssichere Öffnungsmöglichkeiten könnten bei Ruhephasen für eine zusätzliche Lüftung sorgen. Auch eine integrierte Tasche zur Mitführung eines Trinksystems könnte eine Entlastung bringen. Aber auch die Tragedauer selbst muss in den Blick genommen werden. Bei langen Einsatzzeiten muss der Dienstherr für einen gesundheitlichen Ausgleich sorgen. Auch durch eine besser abgestimmte Einsatzplanung. Es bleibt abzuwarten, welche Vorschläge das Innenministerium aufgreifen wird. Die GdP wird die Forderung nach einer besseren KSA in jedem Fall weiter in den Blick nehmen.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 42
vom 1. Januar 2020

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der März-Ausgabe
ist der 5. Februar.**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 60
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

7.2. Günter Seidel, Köln
27.2. Ottmar Hans Zeides, Schwalmtal

91. Geburtstag

4.2. Renate Engelin, Bochum
6.2. Lieselotte Schnitzer, Bad Eilsen
11.2. Wilhelmine Woerner, Hamminkeln
19.2. Anneliese Schuster, Kamen
26.2. Joachim Lehnert, Unna

92. Geburtstag

4.2. Isolde Strothmann, Bochum
12.2. Margarete Heyer, Willich
16.2. Magdalene Neumann, Detmold
21.2. Helmut Schramm, Bielefeld
26.2. Henni Froese, Remscheid
27.2. Erna Blome, Horn-Bad Meinberg

93. Geburtstag

1.2. Anneliese Warm, Dortmund
8.2. Friedrich Pickert, Dorsten
15.2. Erika Haarmann, Meinerzhagen
25.2. Heinrich Olbrich, Münster
27.2. Karl Heinz Brune, Dortmund

94. Geburtstag

5.2. Sigrid Schelberger, Hagen
26.2. Heinz Pötter, Köln
27.2. Johann Jaskolla, Bottrop

95. Geburtstag

11.2. Christa Waldorf, Bonn
19.2. Brigitta Sennfelder, Aachen

96. Geburtstag

27.2. Hildegard Unterfeld, Schwerte

98. Geburtstag

4.2. Manfred Plass, Bielefeld
12.2. Gertrud Palka, Dortmund

99. Geburtstag

24.2. Elisabeth Meister, Herten
26.2. Helga Geicht,
Colorado-Springs USA

100. Geburtstag

5.2. Wilhelmine Hänsdiecke, Düsseldorf

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht
allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**





20. Jubiläums- Bundesseniorenreise

13. bis 27. September 2020
4,5* Flamingo Grand Hotel & Spa
Albena / Bulgarien

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab verschiedenen deutschen Flughäfen
- Zug zum Flug Ticket (DB) in der 2.Klasse
- Transfer vom Flughafen zum Hotel und zurück
 - 14 Übernachtungen in Studios
 - All Inclusive
 - Gala Abend anlässlich des Jubiläums
 - Begleitung durch den GdP-Reiseservice

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 1.129,-

Bitte fordern Sie die ausführliche Ausschreibung an oder
besuchen Sie uns auf unserer Internetseite www.gdp-reiseservice.de.

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -60
www.gdp-reiseservice.de



Wie verhalte ich mich bei einem Disziplinarverfahren richtig? Wie wird mir geholfen, wenn die Behörde mich in Regress nehmen will? Und schließlich: Wie komme ich zu meinem Recht, wenn ich im Dienst verletzt werde? Auf diese Fragen geben unsere neuen Check-Karten Antwort. Für die Themen Disziplinarrecht, Regress und Schmerzensgeld haben wir praktische, kleine Ersthelfer entwickelt, die erste Tipps geben und natürlich auf den jeweiligen GdP-Service verweisen. Die Check-Karten gibt vor Ort bei den Kreisgruppen.

Unfall mit Dienstfahrzeug/Schadensfall ... was tun?

- Wichtig vorab: bei Regressforderungen immer die Beteiligung des Personalrates beantragen!
- Bei nicht eindeutiger Rechtslage: zunächst keine mündlichen oder schriftlichen Äußerungen.
- Bei Unfall oder Schadensfall: nimm unverzüglich Kontakt zur Kreisgruppe auf. Die Forderungssumme sollte nicht selbst ausgeglichen werden.
- Sofern gegen dich ein Straf- oder Bußgeldverfahren in dieser Sache eingeleitet wird, stelle bei deiner Kreisgruppe einen Rechtsschutzantrag. Beauftrage nach Rechtsschutzzusage einen Anwalt!
- Auch wenn seitens des Unfallgegners Schadensersatz- oder Schmerzensgeldansprüche gegen dich gerichtet werden, solltest du mit der Rechtsschutzstelle oder Kreisgruppe Kontakt aufnehmen.



Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW · Gudastr. 5-7 · 40625 Düsseldorf
Tel.: 0211/29101-26, -27 und -28 · www.gdp-nrw.de · Rechtsschutz@gdp-nrw.de

Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Februar erhalten einen Douglas-Gutschein im Wert von 35 Euro.

- 45 34349, Bergisches Land
- 45 37367, Duisburg
- 45 81003, Bonn

Im März erhalten die Gewinner einen Thalia Gutschein im Wert von 35 Euro.

GdP aktiv

6. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 14:30 Uhr, Liegenschaft Norbertstraße 165 (ehemalige Polizeischule), großer Sitzungssaal, Essen

10. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Münster, 14:00 Uhr, Polizeipräsidium, Raum 120, Friesenring 43, Münster

12. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Hamm, 16:00 Uhr, Altes Fahrhaus, Fahrstraße 1, Hamm

13. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bergisches Land, 14:00 Uhr, CVJM-Bildungsstätte, Saal, Bundeshöhe 7, Wuppertal

13. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Duisburg, 14:00 Uhr, PSV-Heim, Futterstraße 10, Duisburg

13. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Gelsenkirchen, 13:30 Uhr, Michaelshaus, Hochstr. 47, Gelsenkirchen. Markus Robert aus dem Polizei-

hauptpersonalrat berichtet über aktuelle Entwicklungen bei der inneren Sicherheit in NRW.

19. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17:00 Uhr, Altes Brauhaus, Rathausstraße 12, Lippstadt. Als Gastredner kommt der Kollege Markus Robert aus dem PHPR.

19. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe WSP, 15:00 Uhr, Café Museum, Friedrich-Wilhelm-Straße 64, Duisburg

27. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Minden-Lübbecke, 17:00 Uhr, Landhaus Rohlfing, Bergkirchner Straße 100, Minden

2. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 17:00 Uhr, Haus Sesko (Achtung neuer Austragungsort!), Theodor-Hartz-Str. 4, Essen. Mindestteilnehmerzahl: 15, Anmeldung: siegfried.czernik@web.de oder 01 76/39 33 79 88, Anmeldeschluss. 21.2.

5. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kleve, 16:30 Uhr, Stadthalle Kleve, Vorraum, Lohstätte 7, Kleve

10. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Aachen, 14:00 Uhr, Saalbau Kommer, Forster Linde 55 - 57, Aachen

Senioren aktuell

Kreisgruppe Coesfeld

26. Februar, 14:30 Uhr, Seniorentreffen, DRK Heim, August-Schlüter-Straße 32, 48249 Dülmen (neben der Feuerwehr), Vortrag „Bewegung als Medizin“, Referent Dr. med. Matthias Dilkaute

Kreisgruppe Unna

19. Februar, 15:00 Uhr, Seniorentreffen, Gasthaus Agethen, Hertinger Straße 10, 59423 Unna, Landesseniorenvorsitzender Bernhard Heckenkemper hält Vortrag zum Thema Pflege, Anmeldungen bis zum 10.2.2020 an bernhard.christmann@t-online.de, oder Hubert Schwenken, Tel. 0 25 96/29 23

Kreisgruppe Köln

Im Februar fällt das monatliche Treffen wegen Weiberfastnacht aus.

NACHRUFE

Karl Hamacher	24.06.1921	Aachen	Willibald Kuß	18.12.1922	Gelsenkirchen
Karl Heinz Heldt	07.10.1947	Bergisches Land	Günter Riebensahm	06.02.1932	Hamm
Karlheinz Schulmann	30.04.1952	Bielefeld	Günter Justen	08.06.1946	Heinsberg
Brunhilde Gerbig	07.07.1925	Bochum	Andreas Coring	07.09.1953	Herford
Klaus Lange	03.10.1935	Bochum	Helmut Basener	09.01.1934	Höxter
Heinz Weisskirchen	17.02.1935	Bonn	Erwin van Alst	10.03.1953	Kleve
Oskar Helmig	22.08.1930	Dortmund	Paul Schulz	18.01.1936	Köln
Friedhelm Köster	14.12.1932	Dortmund	Klaus Lückermann	21.08.1940	Oberbergischer Kreis
Achim Pflanz	09.11.1956	Ennepe-Ruhr	Hans-Dieter Wirths	07.06.1934	Oberbergischer Kreis
Heidemarie Scholz-Bäumener	27.09.1941	Ennepe-Ruhr	Norbert Sobik	25.03.1955	Recklinghausen
Rolf Beschorner	12.11.1958	Essen/Mülheim	Klaus Stark	24.03.1928	Wesel

